

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/135

Bonn, den 19. Juli 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1	Schützt unsere bayerischen Landsleute ! Bitte keine Kollektivverurteilung	22
1	Ulbrichts Schweigen Er ist und bleibt der letzte Stalinist	21
2 - 2a	Die Gespräche von Stockholm Ein Interview mit Erich Ollenhauer, Vorsitzender der SPD	85
3 - 4	Wissenschaftsfinanzierung in der Sackgasse Der Wissenschaftsrat zieht eine Zwischenbilanz	81
5 - 6	Ein Neubeginnen ? Harrimans Moskauer Mission Von unserem Korrespondenten in den USA	89

Chefredakteur Günter Markscheffel

19. Juli 1963

Schützt unsere bayerischen Landsleute :

Bitte keine Kollektivverurteilung

sp - "Aueserhalb Bayerns sieht die Wahrheit anders aus". Dieser Satz stammt aus der Wochenzeitschrift für politisches und kulturelles Leben, "echo der zeit". Gemeint ist von dieser katholischen Zeitschrift die Wiederwahl von Franz Josef Strauß zum Vorsitzenden der CSU, sowie die Begleitumstände, die zu diesem merkwürdigen Ergebnis eines Parteitages geführt haben. Obwohl wir zu wissen glauben, was "echo der zeit" mit der globalen Feststellung der "zweierlei Wahrheit" sagen will, meinen wir doch, daß man einen großen Teil unserer bayerischen Bundesbürger in Schutz nehmen sollte. So schön blank ist die Wahrheit in den übrigen Bundesländern auch nicht, und das berühmte Wort von der Viertel-, halben und ganzen Wahrheit stammt n i c h t von einem Bayern...

Bei der letzten Landtagswahl in Bayern, Ende vergangenen Jahres, hat mehr als die Hälfte der Wähler n i c h t der CSU des Franz Josef Strauß ihre Stimme gegeben. Zweifellos wollten sie damit unter anderem auch zum Ausdruck bringen, daß sie sich keineswegs mit der in weiten Kreisen der CSU üblich gewordenen Entschuldigung abfinden wollten, man nehme dem früheren Verteidigungsminister eigentlich nur übel, daß er sich in Bonn beim Lügen habe erwischen lassen. - Nichtswürdig, die "bayerische Wahrheit" à la Franz Josef Strauß sollte man nicht den Bayern schlechthin ankleiden, sondern der Mehrheit jener CSU-Belegierten, die den Franz Josef wieder zu ihrem Parteivorsitzenden machten.

+ + +

Ulbrichts Schweigen

Er ist und bleibt der Letzte Stalinist

sp - Walter Ulbricht, der sowjetische Statthalter Mitteldeutschlands, zeichnet sich nicht gerade durch Schweigsamkeit aus. Seine geschätzten Reden nehmen oft viele Seiten des "Neues Deutschland" ein. Der allmächtige SED-Chef kann freilich auch die Tugend des Schweigens üben - gerade dann, wenn ihm die Enthüllung von Wahrheiten peinlich wird. Eine der Wahrheiten des Zonenregimes ist: noch immer befinden sich Ungezählte in den Zuchthäusern und Gefängnissen der Zone, von der Welt abgeschnitten und zum Vegetieren verurteilt. Kalt trifft die Lache des Regimes alle, die es wagen, gegen es aufzumucken. Ihr Los zu erleichtern, ihre Freilassung zu erwirken, ist ein Akt der Menschlichkeit. 178 Schriftsteller und Wissenschaftler aus neun Ländern Europas und aus Japan glaubten, Walter Ulbricht werde sich wenigstens an seinem 70. Geburtstag zu einem Gnadenakt erweichen lassen und einer größeren Anzahl politischer Häftlinge die Freiheit schenken. Ihr Appell fand bisher kein Gehör, Ulbricht nahm ihn nicht zur Kenntnis, er hüllt sich in Schweigen - in ein Schweigen, das mehr über diesen Mann aussagt, als es Bände vermögen. Walter Ulbricht ist und bleibt der Letzte Stalinist, und solange er sich in dieser Rolle gefällt oder gefällt, bleibt er auch eine Belastung für die Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion.

+ + +

Die Gespräche von Stockholm

Ein Interview mit Erich Ollenhauer
Vorsitzender der SPD

Frage: Sie haben, Herr Ollenhauer, an einer Konferenz führender Gewerkschafter und Politiker in Stockholm teilgenommen. Was gab den Anlaß zu dieser in der internationalen Öffentlichkeit viel beachteten Begegnung und welche Bedeutung messen Sie ihr bei?

Antwort: Die Bedeutung dieser Begegnung geht schon aus der Tatsache hervor, daß zum ersten Male an einer Konferenz dieser Art europäische sozialdemokratische Politiker und Gewerkschafter, der Vorsitzende des ausenpolitischen Senatsausschusses im USA-Kongreß, Senator Humphrey und der Vorsitzende des amerikanischen Automobilarbeiter Verbandes, Walther Reuther, teilnahmen. Der schwedische Ministerpräsident Tage Erlander hatte zu dieser Konferenz eingeladen. Er folgte damit einer Anregung von Walther Reuther. Weitere Teilnehmer waren: für Großbritannien, Harold Wilson, der Führer der Labour-Party, für Norwegen, Verkehrsminister Bratelli, der Vorsitzende des norwegischen Gewerkschaftsbundes, Gunar Nordahl, für Dänemark, der Parteisekretär Niels Matthiasen; von schwedischer Seite beteiligten sich außer Ministerpräsident Tage Erlander und Finanzminister Straer der Vorsitzende des schwedischen Gewerkschaftsbundes, Arne Gejer. Die Bundesrepublik war vertreten durch Erich Ollenhauer, Herbert Wehner und Willy Brandt für die SPD und durch den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ludwig Rosenberg.

Frage: Läßt die Teilnahme so hervorragender Repräsentanten aus den Vereinigten Staaten daraus schließen, daß Probleme der Atlantischen Gemeinschaft, der Abrüstung und der Vertiefung der Beziehungen zwischen Europa und den USA im Mittelpunkt der Erörterungen standen?

Antwort: Das ist in der Tat so. In der Vielfalt der informellen, weitestgehend umfassenden Erörterungen nahmen die Behandlung von Wirtschaftsfragen und die Fragen einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz einen besonderen Platz ein. Besonders behandelt wurden die sich aus der zu erwartenden weiteren technischen Entwicklung ergebenden Probleme der Ausbildung und der Vollbeschäftigung.

Sollte es, wie wir alle hoffen, und worauf die Bemühungen aller verantwortlichen Staatsmänner gerichtet sind, gelingen, Fortschritte in der Abrüstung zu erzielen, dann ergibt sich für die westlichen Länder auch das Problem, den Umbau der für die Rüstung arbeitenden Wirtschaft so zu vollziehen, daß daraus keine Störungen für die Gesamtwirtschaft entstehen. Die Kommunisten behaupten, der Westen sei schon deshalb zur Abrüstung nicht fähig, weil er die Rüstungswirtschaft für die Vollbeschäftigung brauche. Dieses Argument gilt es zu widerlegen. Die Wirtschaft des Westens ist wohl in der Lage, Vollbeschäftigung auch ohne gewaltige Rüstungen zu erhalten und zu sichern.

Frage: Welche Schritte hielt die Konferenz für erforderlich, um die von Kennedy als Ziel des Westens erstrebte Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und einem vereinigten Europa zu erreichen?

Antwort: Das Ziel ist gesteckt, der Weg dorthin beschwerlich und von Hindernissen umgeben. Zunächst gilt es, zu verhindern, daß zwischen der EWG und der EFTA die Kluft erweitert wird oder es gar zu einem Handelskrieg zwischen beiden Wirtschaftsgemeinschaften kommt. Der Charakter der EWG als einer weltoffenen Gemeinschaft muß erhalten bleiben. Die sozialdemokratischen Parteien Europas und die freien Gewerkschaften werden ihren ganzen Einfluß aufbieten, um zögernde Regierungen voranzutreiben. Die Zeit, in der wir leben, das Tempo der industriellen Revolution, deren Zeugen wir sind und die anhaltende Bedrohung durch den totalitären Kommunismus verlangen keinen Rückfall in engstirniges nationalistisches Denken.

Die Schaffung eines einigen Europa ist eine wesentliche Voraussetzung für die Herstellung einer Partnerschaft zu den Vereinigten Staaten. Die angestrebte Partnerschaft USA - Europa geht weit über den Willen zur Verteidigung hinaus, sie muß sich auch auf die Gebiete der Finanzpolitik, des Handels und der Währungssicherung erstrecken. Ein gegenseitiger, von Restriktionen freier Wirtschaftsaustausch zwischen den USA und Europa sichert mit die Vollbeschäftigung und setzt beide auch in die Lage, sich der Lösung weltweiter Aufgaben, wie der Entwicklungshilfe, der Bekämpfung von Hunger, Armut, Not und Krankheit zuzuwenden. Beide allein sind dazu nicht fähig, das würde ihre Energien überfordern. Es gilt, die Kräfte der Völker auf dieses Ziel hin zu mobilisieren und zu orientieren und ihren Beitrag dazu hat auch die Stockholmer Begegnung geleistet.

Frage: Herr Ellenhauer, es hat in der deutschen Öffentlichkeit einige Unruhe über Mißdeutungen unterliegender Erklärungen des britischen Labourführers Wilson in der Deutschlandfrage gegeben. Ist die Ausräumung der Mißverständnisse im Gespräch mit Wilson gelungen?

Antwort: Harald Wilson hat die Teilnehmer der Stockholmer Begegnung über seine Unterhaltungen in Moskau und Warschau informiert. Soweit Berlin und die Deutschlandfrage eine Rolle spielten, hat Wilson auf die Anwesenheit der britischen Truppen in Berlin und auf die Erhaltung der Freiheit und der Lebensfähigkeit Berlins bestanden.

Von einer Anerkennung der sogenannten DDR war nicht die Rede.

Ein weiterer Meinungsaustausch zwischen Vertretern der Labour-Party und der SPD ist in Aussicht genommen.

Wissenschaftsfinanzierung in der Sackgasse

Der Wissenschaftsrat zieht eine Zwischenbilanz

EM. - Der Finanzstreit zwischen Bund und Ländern droht der Wissenschaftsförderung schweren Schaden zuzufügen. Nachdem Prof. H e s s, der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft kürzlich darauf hinwies, zeigt sich nun auch der Wissenschaftsrat besorgt, in dem die Bundesregierung und die Länder selbst vertreten sind.

Hochschulausbau stagniert

Sicherlich spielen die Langwierigkeit der Vorbereitungen und Planungsarbeiten und die sogenannte Überhitzung des Baumarktes bei dem Hochschulausbau eine Rolle. Doch die Finanzierungsnöte geben den Ausschlag: Es ist nicht gelungen, auch nur die Hälfte der für den Ausbau insgesamt vorgesehenen rund 2,6 Milliarden DM aufzubringen, obgleich die Halbzeit der fünfjährigen Planungsperiode längst verstrichen ist. Bisher war es gute Übung, daß die Finanzierung der Investitionskosten Bund und Länder etwa je zur Hälfte tragen. Diesen Brauch wollte man in einem Verwaltungsabkommen notifizieren, die Verhandlungen kamen im vorigen September zum Abschluß, die Bundesregierung billigte den Entwurf. Doch einige Länder hatten Bedenken, dieser Regelung vor der Klärung von Grundsatzfragen zuzustimmen. Der Bund, der nach diesem Abkommen mindestens 250 Millionen DM jährlich zur Hochschulfinanzierung zuschießen sollte, stellt in diesem Haushaltsjahr nur 220 Millionen DM zur Verfügung, wobei 20 Prozent der Baumittel zusätzlich gesperrt sind.

- * Die Folgen: In diesem Jahr wird kein einziger Institutsbau mit Hilfe von Bundeszuschüssen neu begonnen, die Mittel reichen gerade zur Fortführung laufender Projekte.

Der Bedarf übersteigt sogar dann voraussichtlich die Finanzierungsmöglichkeiten. Ein Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zur Etat-erhöhung auf 250 Millionen DM für diese Aufgaben, der dem Vorschlag des Wissenschaftsrats entsprach, wurde **a b g e l e h n t**.

Hochschulgründungen vertagt

Vier Hochschulen und acht medizinische Akademien sollen gegründet werden, um der Überfüllung der Universitäten zu steuern. Im Mai 1960 machte der Wissenschaftsrat darauf aufmerksam, im November des gleichen Jahres legte er seine präzisen Empfehlungen vor. Schwerlich jedoch wird eine neue Hochschule ihre Vorlesungen vor 1965 aufnehmen. Nur die Universität **B o c h u m** befindet sich im Stadium konkreter Planung. Für Bremen, Regensburg, Konstanz und Dortmund sind zwar Überlegungen im Gange und Gründungsausschüsse erstellen Gutachten. Doch wann die Pläne verwirklicht werden, weiß niemand so recht zu sagen.

Auch hierfür gibt es viele Gründe, aber am Ende stößt man wieder auf das leidige Finanzierungsproblem. Man hatte im Wissenschaftsrat und in den Kultus- und Finanzministerien der Länder erwogen, die insgesamt rund 6 Milliarden DM Investitionskosten der Neugründungen auf einen Zeitraum von 12 Jahren berechnet .. zwischen den Ländern

und den Bund gemeinsam zu teilen. Und wieder blieben diese Überlegungen fruchtlos, nachdem die Ministerpräsidentenkonferenz in Saarbrücken Anfang Juni eine grundsätzliche Flurbereinigung zwischen Bund und Ländern forderte und die Hochschulfinanzierung zur erneuten Beratung ihren Fachressorts in diesem Zusammenhang überwies. Wann nun eine Klärung dieser Frage erreicht wird, steht dahin. Sicher ist nur, daß die Aufgabe der Neugründung über die Finanzkraft einzelner Länder hinausgeht, daß über die Finanzierungsweise erst im nächsten Jahr entschieden wird, daß formelle Gründungsbeschlüsse vorher kaum gefaßt werden können und daß damit alle vom Wissenschaftsrat einst empfohlenen oder erhofften Fristen überschritten werden.

Nicht überall fällt die Bilanz so traurig aus. Die Errichtung neuer Lehrstühle, die Einrichtung eines "Mittelbaus" akademischer Lehrer und die Förderung qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses schreite voran. Man hat Erfahrungen im Hochschulbau gewonnen, die eine gewisse Typisierung und damit eine Beschleunigung des Baus von Instituten erlauben wird. Doch das sind - leider - kleinere Posten in der Rechnung.

Gemeinsame Aufgaben

Eine solche Kritik ist keine Äußerung allgemeinen Unmuts, sie ist vielmehr durch Zahlen und harte Fakten belegt. Wenn der Wissenschaftsrat selbst in seiner notwendiger Weise behutsamen Art - da Bund, Länder und Hochschulen gemeinsam ihn bilden - solche Warnungen ausspricht, sollten sie sehr ernst genommen werden. Prof. Ludwig R a i s e r, sein Vorsitzender, sieht sich durch diese Entwicklung sehr enttäuscht. Auf längere Sicht werden nur Bund und Länder zusammen die Finanzleistungen für die Wissenschaftsförderung aufbringen können. Die Beteiligung des Bundes hat sich oft genug als Vorspann und Lokomotive für entsprechende Anstrengungen der Länder erwiesen. Und schließlich, so erklärt Prof. Raiser, kann es sich ein Staat im 20. Jahrhundert nicht leisten, daß Kulturaufgaben und Wissenschaft nur über die Einzelinteressen der Länder in den Gesichtskreis der Politik treten. Es geht also um gemeinsame Aufgaben, die auch dann gemeinsam zu lösen sind, wenn der angespannte Bundeshaushalt eine Erhöhung des Bundesanteils am Steueraufkommen vielleicht gebieten würde.

Indessen ist die Situation so verfahren, daß mit Zulassungsbeschränkungen in vielen Fächern und mit weiteren Notmaßnahmen gerechnet werden muß. "Kann man es verantworten, daß wir unsere Hochschulen so herunterkommen lassen?", diese besorgte Frage wird gestellt.

Es ist müßig, nach "Schuldigen" zu suchen oder die zahlreichen Vorwürfe gegeneinander aufzuwiegen. Es ist auch nutzlos, wenn der Bundesforschungsminister in zahlreichen Reden und Veröffentlichungen seinen guten Willen zu dokumentieren sucht. Worauf es nun ankommt, ist schleunigst zu praktikablen Regelungen zu kommen und dabei die Gemeinsamkeit der Aufgaben nicht zu übersehen.

* + *

19. Juli 1963

Ein Neubeginnen ?

Harrimans Moskauer Mission
Von unseren Korrespondenten in den USA

Washington, Mitte Juli 1963

Präsident John F. Kennedy - in leichter Abwandlung von Julius Cäsars berühmtem Schlachtenbericht - kam, sah und schickte seinen besten Mann auf die Reise nach Moskau. Der amerikanische Präsident war soeben von seiner europäischen Triumphfahrt zurückgekehrt mit einer enorm gestärkten und verbreiterten Vertrauensbasis für seine und seines Landes Aussenpolitik. Sieger in den "Popularitätswettrennen" mit dem wenig später in Ostberlin eine müde Parade abnehmenden Chruschtschow. Ohne Zeit zu verlieren, gab er seinen Beschluß bekannt, seinen routiniertesten, bewährtesten und ältesten Diplomaten Averell Harriman auf die Reise nach Moskau zu schicken, zu Verhandlungen, deren allgemein große Bedeutung und vielleicht sogar historische Kehrt-schwenkungs-Positionen zugemessen werden.

In keiner Weise kann übersehen werden, ob die relativ große Zu-vorsicht, mit der Amerika trotz aller vorausgegangener Enttäuschungen diesen neuen Verhandlungen entgegenblickt, berechtigt ist. Hervorzuh-eben sind drei Punkte:

I. Die Amerikaner zählen eine ganze Anzahl recht plausibler Grün-de dafür auf, daß die Entspannung- und Verständigungsaussich-ten jetzt recht günstig sind, wobei sie auf Chruschtschows Schwierigkeiten innerhalb seines Machtblocks hinweisen. Sie folgern daraus, daß auf dem begrenzten (wenn auch hochwichti-gen) Sektor eines teilweisen Atomtest-Verbotsabkommens heute gewisse realistische Erfolgsaussichten bestehen.

II. Präsident Kennedy hat seine diplomatische Strategie sehr ge-schickt auf diesen Punkt einer möglichen Entspannung hinge-steuert - von dem Zeitpunkt an, als er auf dem Höhepunkt der kubanischen Krise im vorigen Herbst das große Wort vom "Wende-punkt" aussprach über seine bittere Enttäuschung über de Gaulle und die EWG-Krise hinweg zu seiner Ansprache vor der Amerika-nischen Universität in Washington, in der er seine Entspannungs-politik formulierte. Dann kam die meisterhafte diplomatische Rückendeckung und die Verstärkung seiner politischen Basis durch seinen Europabesuch, dem spontanen Plebiszit auf den Strassen Berlins und dem Versprechen in Frankfurt, die Entspannung nicht hinter dem Rücken und zu Lasten der Verbündeten zu suchen. Damit waren die besten Voraussetzungen für Harrimans Mission gegeben.

III. Harrimans Mission ist sehr eng begrenzt und präzise definiert. In mehreren ausführlicher Strategieberatungen wurde genau fest-gelegt, daß Harrimans Aufgabe in Moskau die wäre, zu versuchen, mit Lord Halifax (für England) und Botschafter Sorin (für die Sowjetunion) ein begrenztes Teil-Abkommen über Atomtest-Verbote abzuschließen. Es handelt sich hierbei um Tests auf der Erde, unter Wasser, in der Luft und im Weltraum, wobei aus technischen Gründen eine internationale Inspektion, gegen welche die Russen sich sträuben, nicht notwendig ist. Die schwierige Frage der

19. Juli 1963

Tests unter der Erdoberfläche (in Höhlen, Steinbrüchen, Erdlöchern usw.), die sich mit Seismographen nicht auffangen lassen und für die eine Inspektion notwendig wäre, soll vorerst ausklammert bleiben, weil dafür keine Einigung sichtbar ist. Ein solches Teilabkommen, wie es der Westen seit langem wünscht, wollen nun auch die Russen, Infolgedessen sollte es möglich sein, auf diesem Gebiet Fortschritte zu erzielen.

Moskau will anscheinend auf dem Funktion eines solchen Abkommens mit einem europäischen Nichtangriffspakt beharren, der für den Westen in der bisher skizzierten Form unannehmbar ist vor allem, weil er - direkt oder indirekt - eine juristische Anerkennung der "Deutschen Demokratischen Republik" bedeuten würde. Der Westen ist im Prinzip nicht gegen ein "europäisches Sicherheitssystem", aber Amerika will sich weder ein logisch-nebelhaftes "Junctim" aufzwingen lassen, noch will es auf diesem Wege in die Falle einer Anerkennung Pankows hineingelockt werden. Das wird Harriman klipp und klar zu sagen haben.

Nichts unterschreiben, sondern nur zuhören

Darüber hinaus soll Harriman nichts sagen, nicht verhandeln und nichts unterschreiben, er soll nur zuhören. Es wird als sicher angenommen, daß die Moskauer Gesprächspartner eine Menge anderer Punkte ansprechen werden, vielleicht das Problem der deutschen Teilung (oder wie man in Moskau immer sagt, des "deutschen Friedensvertrages"), vielleicht Berlin, vielleicht die Abrüstung oder Laos, Vietnam oder die "Normalisierung" der Beziehungen zu Kuba, vielleicht auch die Reform der UNO-Satzung oder ein "Neutralisierungs"-Abkommen für den Weltraum. Harriman soll sich das alles sorgsam anhören, er soll wohl auch bei seinen Partnern auf den Busch klopfen, um Präzisionen (über die übliche russische Technik der verschwommenen Andeutungen hinaus) zu erhalten, und er soll in Washington darüber berichten. Das ist alles. Nur zu diesem, immerhin unbestritten wichtigen Zweck hat man ihm auch zwei Sachverständige für nichtatomare Fragen auf die Reise mitgegeben: den Leiter der Europa-Abteilung im Staatsdepartement und den Berlin-Referenten desselben Ministeriums. Die Anwesenheit dieser Männer in Harrimans Reisegruppe hat zu allerlei Gerüchten Anlaß gegeben. Man vermutet, daß Harriman also doch eine Berlinlösung entwerfen oder vorbereiten sollte, aber beide Männer sollen, ebenso wie ihr Missionschef, sich auf das Zuhören beschränken.

Kennedys Politik leidet jedoch an einer großen Schwäche. Es ist in Washington bisher nicht gelungen, die Beziehungen zu de Gaulle wieder zu bessern oder gar zu "normalisieren".

Wenn Harriman in Moskau die erhofften Erfolge erringen kann, wird die aussenpolitische Bilanz der freien Welt doch noch unter dem neuen französischen Isolationismus weiter zu leiden haben.